

WG-A 7.6.

Rathaus-Fassade: Frist ist verstrichen

WNK-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse hat am Freitag eine Mail ins Rathaus geschrieben, wo freilich gestern wegen des Betriebsausflugs niemand war: Mit dem 31. Mai sei jener Tag ins Land gegangen, an dem das Gutachten ultimativ hätte feststellen sollen, wie mit der Fassade des Rathauses weiter verfahren werden kann. Rehse: „Da das Thema wichtig und die Fassade nach wie vor unschön ist“, möge das Rathaus unverzüglich über Gutachten, Sanierungsschritte und Zeitplan informieren. s.n.

BH 6.6.12

Rehse kritisiert Verhalten der Radfahrer in der City

WERMELSKIRCHEN (BM) Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNKUWG, äußert sich zur Problematik für und mit Radfahrern in der Innenstadt. „Wer so tut, als wären lediglich die Autofahrer die Verursacher der Probleme, betrachtet das Thema durch eine einseitige Brille“, sagt er. Nach Eröffnung der Balkantrasse könne man den Eindruck gewinnen, in der „Radfahrerstadt Wermelskirchen“ sei das Recht allein auf die Radfahrer übergegangen. Teile der Rennradfahrer – aber nicht nur die – seien an vorderster Front zu nennen.

Rehse betont: „Formation fahren mit vier Mann nebeneinander, Überschreiten der Höchstgeschwindigkeit in den 20er- und 30er-Zonen, Wegbrüllen der Fußgänger mit einem ‚Heh‘, weil Klingeln haben die Renndinger eh nicht, dazu Nichtbeachten des Rechts-vor-Links-Gebots, rechts Vorbreidrängeln an vor Ampeln haltenden Autos und Verdrehen derer Spiegel – das sind nur einige Verstöße, die mir spontan einfallen.“

Rehse fragt sich, warum die Telegrafienstraße von West nach Ost ge-

genläufig zur Einbahnstraße von Radfahrern befahren werden müsse. Es gebe doch den Brückenweg und die Kölner Straße. Wer ohnehin das Abspulen von vielen Kilometern per Fahrrad als Hobby habe, dem könne auch zugemutet werden, dass er die Telegrafienstraße in Richtung der Einbahnstraße „richtig“ befährt und damit ein paar hundert Meter mehr zurücklegt, findet Rehse. Denn: „Die Wermelskirchener Innenstadt ist letztendlich immer noch ein Dienstleistungszentrum mit Geschäften und anderen Einrichtungen, die auf Kunden angewiesen sind, sie ist kein Radfahrzentrum.“

Dazu gehörten aber letztendlich alle: Fußgänger, Autofahrer und eben auch Radfahrer. Und zu einem Dienstleistungszentrum gehöre auch, dass man zum Beladen, Parken, zum Ein- und Aussteigen sowie zum Verrichten anderer Dinge drei Minuten halten darf. „Wenn das mit dem gegenläufigen Radverkehr auf der Telegrafienstraße nicht vereinbar ist, muss dieser Probelauf eingestellt werden“, fordert der WNKUWG-Fraktionsvorsitzende.

„Halbwahrheiten“ über Fastfood-Filiale in Hünge

BY 20.06.12

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Verbal scharf attackiert jetzt die WNKUWG-Fraktion den Technischen Beigeordneten Dr. André Benedict Prusa. Stadtrat Rüdiger Bornhold, Fraktionssprecher im Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt, wirft ihm vor, „Halbwahrheiten“ zu verbreiten, um so „Rat und Ausschüsse zu manipulieren“.

Was war geschehen? Die WNKUWG reagierte ungehalten über den Informationsfluss der Stadtverwaltung zur Ansiedlung der McDonalds-Filiale in Ostringhausen und den Plänen eines Investors, in Hünge neben der Shell-Tankstelle ebenfalls eine Fastfood-Filiale zu errichten. Ungehalten deshalb, weil die Politik nach Ansicht der Fraktion nicht beziehungsweise unzureichend informiert sei.

Deshalb hatte die WNKUWG jetzt einen Antrag geschrieben mit dem Tenor, dass die Verwaltung einen Bericht über den aktuellen Stand geben solle. Zudem solle der Ausschuss beschließen, dem Projekt in Hünge „positiv gegenüber zu stehen und die Verwaltung beauftragen, es positiv und fördern zu begleiten und zu entscheiden“ (...) und ein „Informationsvakuum“ vermeiden. Normalerweise gilt so ein Antrag als eingebracht und wird erst später diskutiert; Dr. Prusa meinte jedoch, dass er „keine Einzelheiten über Baugenehmigungen in Sitzungen darstellen“ werde. „Wir begleiten alle Bauprojekte positiv, achten aber auf Verkehrsbedingungen. Deshalb

können wir uns nicht festlegen lassen, dass wir positiv entscheiden.“

Die SPD kritisierte diese Äußerungen: „Die frühere Praxis ist eine andere“, so ein Sprecher. Wenn es um städtebaulich bedeutende Objekte gehe, sei man frühzeitig informiert worden und habe auch Tipps geben können. Auf die Frage von Friedel Burghoff (Büfo), ob eine Bauvoranfrage für Hünge vorliege, antwortete Dr. Prusa mit Nein.

Das regt Bornhold auf. „Die Aussage allein genommen ist zutreffend.“ Doch durch das Verschweigen näherer Gründe „wird die Aussage zur Manipulation“. Nach Gesprächen mit dem Investor weiß Bornhold, dass dieser eine Bauvoranfrage eingereicht habe. Diese habe er auf Anraten der Verwaltung zurückgezogen, weil „unsere Verwaltung empfohlen

hatte, doch zuerst einmal die Verkehrsanbindung mit Straßen NRW zu klären.“

Der Investor hatte daraufhin durch ein Verkehrsbüro ein Gutachten zur gesamten Verkehrssituation erstellen lassen. „Dieses Gutachten und der Bau eines möglichen Kreisels an der Ausfahrt Hünge wurde erst kürzlich im Beisein von fünf Straßen NRW-Mitarbeitern mit der Verwaltung diskutiert“, so Bornhold. Dieses wissend, werde aber dem Ausschuss suggeriert, der Investor sei gar nicht mehr interessiert, es gäbe keinen Vorgang. „Das Gegenteil ist der Fall. Das hat mir heute der Investor am Telefon bestätigt“, so Bornhold.

„Durch das Verschweigen näherer Gründe wird die Aussage zur Manipulation.“

FRAGE DES TAGES

Spanisch: Schwer beschäftigte Gräfin

Der Spanischkurs von Adriana Schwarz in der Volkshochschule hat sein nächstes Theaterstück vorbereitet und lädt die Öffentlichkeit für Freitag, 15. Juni (19 Uhr), ins Foyer der VHS zur Aufführung. „Una Condesa muy traviesa“ heißt das Stück von Galindo Garcia, welches Adriana Schwarz eingerichtet hat. Es handelt von einer älteren Dame, die sich als Gräfin ausgibt, aber irgendwann in Bedrängnis gerät. Ermittlungen bringen die Wahrheit über die rätselhafte Condesa ans Tageslicht.

VHS Spanisch-Kurse führen neues Theaterstück auf

WGA 16.06.2012



Eine ältere Dame gibt sich als Gräfin von Soria aus, um mit Hilfe dieses Titels leichter durchs Leben zu kommen. Sie stellt sich eine Pflegerin zur Seite, gerät durch Lug und Trug in Bedrängnis. Schließlich wird sogar die Polizei eingeschaltet. Ein sechsköpfiges Ensemble aus den aktuell sieben Spanisch-Kursen von Adriana Schwarz an der Volkshochschule hat gestern Abend zum dritten Mal ein spanisches Theaterstück aufgeführt – und jedes Mal kommen mehr Besucher. Für Adriana Schwarz ist das eine allen viel Spaß bereitende spielerische Methode, den alltäglichen Gebrauch der Sprache – und ihre Aussprache – zu trainieren und zu verbessern. Deswegen gibt die

in Argentinien geborene Wermelskirchenerin auch ihre Regie-Empfehlungen auf spanisch. Sie freut sich über eine engagierte Truppe, die „viel lernt und stets bemüht ist, dass es beim nächsten Mal noch besser klappt“. Wobei es nicht immer einfach ist, ein Stück zu finden, welches die Volkshochschüler nicht überfordert. Bei Interesse heißt Schwarz auch gerne Menschen willkommen, die spanisch sprechen, aber nicht VHS-Abolventen sind. Das Team der gestrigen Aufführung (von links) Dieter Gaszkowiak, Birgit Hundeck, Carmen Hoffmann, Dagmar Rehse, Bettina Bernhard, Ariana Schwarz und Angelika Hundeck.
s.n./ Foto: Hans Dieter Schmitz

Konzept für das Hallenbad

BÜNDNIS Fraktionen setzen auf Sport und Gesundheit.

Das Bündnis FDP, Grüne, Bürgerforum und WNK UWG bringt die Diskussion um die ungewisse Zukunft des Quellenbades wieder in Gang.

Die vier Fraktionen wollen das Hallenbad langfristig erhalten und legen einen Antrag für den Sportausschuss vor, in dem die Verwaltung aufgefordert wird, den Investitionsstau im Bad abzubauen.

Dazu notwendige Maßnahmen, Kosten sowie eine Zeitschiene sollen im Rathaus ermittelt werden, alsdann in ein Konzept gebettet werden. „Am Ende der Umsetzung soll ein Bad stehen, das den anerkannten Regeln der Technik entspricht“, fordert das Parteien-Bündnis.

Den Fraktionen schwebt vor, das Bad auf die Schwerpunkte Sport und Gesundheit auszurichten. Einige Ideen liefern die Antragsteller mit: individuelle Trainingspläne (im Sechs-Wochen-Turnus), System zur statistischen Erfassung des individuellen Trainingserfolges, Jahresverträge mit monatlicher Abbuchung, Ausweitung der Kurse, Zeiten zur exklusiven Nutzung durch Kunden mit Jahresvertrag, Ausweitung der Öffnungszeiten am Wochenende, Qualifizierung des Personals zur Durchführung von Reha-Maßnahmen, Überlassung der vorhandenen Trainingsgeräte auch zum individuellen Training.

Das Bündnis könnte sich darüber hinaus Sauna-Einführungsabende vorstellen, Saunieren für Jugendliche und Senioren und den Vertrieb von passenden Zusatzprodukten (Sportkleidung, wasserdichte Pulsmesser und MP3-Player).

Auch die Werbung müsse angekurbelt werden. So sollen permanente Werbeflächen in der Innenstadt auf die Vorzüge eines Sport- und Gesundheitsbades hinweisen, Werbeflächen im Bad vermietet werden, Partnerschaften mit lokalen Fitness-Studios, Ärzten und dem Krankenhaus eingegangen werden.

Außerdem wird die Stadtverwaltung beauftragt zu ermitteln, ob Public Private Partnership (PPP) ein geeignetes Betreibermodell sein könnte. AWe

Bündnis fordert ein neues Bäderkonzept ^{BH} 21.06.

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Um die Zukunft des Hallenbades zu sichern, fordert das Bündnis jetzt in einem Antrag ein neues Bäderkonzept von der Verwaltung. Darin sollen besonders Aussagen zur Sanierung und den Kosten gemacht werden. Denn zum Sanierungsstau und den Folgekosten seien im vorliegenden Konzept die Aussagen nicht ausreichend begründet. Die Verwaltung soll darstellen, wie der Investitionsstau abgebaut werden könne, so dass am Ende ein Bad stehe, das den anerkannten Regeln der Technik entspreche. Letztlich soll die Verwaltung Vorschläge zusammentragen, die den Charakter des Bades als Sport- und Gesundheitsbad stärken.

en für Kunstrasen gesucht

sen hat das **Kunstrasen-Projekt** in Angriff genommen: 2015 wollen die Kicker auf dem neuen Belag
haben Arbeitskreis gegründet und leisten die Vorarbeit. Erster **Erfolg**: Nutzungsrecht über 30 Jahre.

BH 23.06.

en liegt ein
auf dem ki-
r, Jugendli-
von Tura
g und bei
versucht
Bestes, die-
enplatz ge-
Doch das
die enorme
dem Platz
schon die
en Städten,
ngen, Rem-
und Hü-
auf Kunst-
en in Wer-
Pohlhausen
initiative er-
stens auf ei-
spielt wer-

as Ehepaar
und Harald
das Thema
lung ange-
d Jugendli-
einen mit
Langfristig
keine Mög-
gendarbeit
er 100 Jahre
Nur reden
gründeten
en sich seit-
Und haben
ng ihr Pro-
g: „Von dort
ekommen.
wir einen
ene Kosten
ist für uns



Eigentlich nur noch ein Acker: Der **Hartplatz** in Pohlhausen.

BM-FOTO: JÜRGEN MOLL

wichtig: mit einem Nutzungsrecht von 30 Jahren.“

Bodengutachten nützlich

Sollte jetzt die Stadt noch ein Bodengutachten haben, dürfte mit Riesenschritten das Ziel in Angriff genommen werden. „Die Stadt prüft, ob sie diese Unterlagen hat. Das ist wichtig für die Angebote. Sonst müssten wir so ein aufwendiges Gutachten in Auftrag geben“, so Hornung.

Vier Firmen sind bereits angeschrieben worden, ein Angebot liegt vor. Sandra Reck: „Wir bewegen uns bei einem Investitionsvolumen von rund 450 000 Euro. Dabei müssen wir aber noch viel Eigenleistung erbringen.“

Inzwischen hat der Arbeitskreis auch Kontakt mit Dirk Wartmann, dem stellvertretenden Bürgermeister. Der regte an, sich mit dem DTV zusammzusetzen. Das sei inzwischen geschehen, so Hornung. „Und Wartmann hat einen aktiven Part übernommen. Er hilft. Der stellvertretende Bürgermeister steckt tief in der Materie. Das ist gut für uns Sportler. Und wir sind ihm dankbar. Vielleicht finden wir sogar eine gemeinsame Basis mit dem DTV, so dass wir gemeinsam aus-schreiben können.“

Im Winter nicht bespielbar

Wie lange der Hartplatz noch genutzt werden kann, weiß niemand. Der Zustand wird immer schlechter. Im Winter kann er oft gar nicht genutzt werden. Geld von der Stadt ist eigentlich nicht zu erwarten – man hofft auf Fördermittel des Landes und des Landessportbundes. Die Sigmale aus dem Verein, aber

INFO

Tura Pohlhausen

Mitglieder 167 Jugendliche, 192 Senioren

Teams 14 Mannschaften

Platznutzung In der Woche durchschnittlich 40 Stunden (einschl. Ligaspielen)

Ausweichmöglichkeit Nur das Kleinspielfeld am Schwanen

Synergien Der Arbeitskreis hat bereits gute Gespräche mit Andreas Gall (DTV) geführt.



e das Projekt stemmen werden: Heiko **Funke**, Oliver und

auch aus der Elternschaft, seien durchweg positiv. Auch Sponsoren hätten den Verein schon angesprochen, hieß es. Inzwischen ist die Vorbereitung für die Kunstrasen-Patenschaften angelaufen. Für Teilstücke des Rasens sollen auf der Homepage Patenschaften übernommen werden können.

Wie groß die Begeisterung ist, erzählte Jugendleiter Frank Bruchertseifer: „Ein kleiner Junge aus dem Verein hat 4,27 Euro Taschengeld eingezahlt. Das ist doch einfach toll und zeigt, wie sich die Kinder über das Projekt identifizieren.“

WNKUWG: Richtung für Einbahnstraße drehen

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die Telegrafstraße soll, wenn es nach der WNKUWG geht, künftig von der Eich aus Richtung Bügeleisen zu befahren sein. Diese „Drehung“ der Einbahnstraßen-Richtung schlägt die Fraktion jetzt dem Fachausschuss für die Sitzung am 17. September vor. Damit müssten Radler nicht durch die abschüssige Kölner Straße; der Gedanke eines Panorama-Radweges von Westen nach Osten ohne Höheunterschied würde beigehalten. Der Radverkehr aus Richtung Osten soll über den Brückenweg geführt werden: Dort soll der bisherige Fußweg entlang der Dellmann-Straßenmauer (im Antrag „Wildkräuterstreifen“ genannt) zu einem Radweg ohne Bänke genutzt werden.

Nach Ansicht der WNKUWG gebe es damit keinen gefährlichen gegenläufigen Radverkehr mehr. Der Panorama-Radweg könne weiterhin ohne Lücke in beide Richtungen durch die Innenstadt geführt werden und erhält durch die Führung durch den Brückenweg eine weitere Aufwertung.

Wie wird Bushaltestelle genutzt?

Dass der Innenstadt-Umbau für ein Umdrehen der Einbahnstraßen-Regelung überhaupt nicht ausgelegt ist, daran wird kein Gedanke verschwendet. So könnte die Bushaltestelle am Bürgerzentrum nicht mehr genutzt werden; Fahrgäste müssten in den Verkehrsraum aussteigen. Denn: Die Verlagerung der Bushaltestelle auf die andere Seite wäre technisch nicht möglich: Dort

ist der Gehweg viel zu schmal.

Seit gestern gibt es einen parteiübergreifenden Antrag von Politikern aus SPD, Grüne, FDP, Bürgerforum und Bürgermeister Eric Weik: Die elf Unterzeichner sehen in den auf der linken Seite abgestellten Pkw eine Gefahrenquelle, die beseitigt werden müsse. Deshalb fordern sie die Markierung eines Schutzstreifens zur Führung des Radweges auf der ganzen Telegrafstraße. Dies, so heißt es, führe auch zu einer optischen Klarstellung für alle Verkehrsteilnehmer – Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer. Für Pkw soll, so ihre Vorstellung, ein generelles Halteverbot auf der linken Seite gelten, dass vom Ordnungsamt konsequent kontrolliert werden müsse.

Verstärkte Kontrolle erwünscht

Diese Politiker respektieren die Entscheidung des Fachausschusses, heißt es, sehen aber in der von ihnen vorgeschlagenen Lösung eine „verkehrssichere, steigungsarme und umwegfreie Wegführung über die Telegrafstraße, die für die Stadt Gewinne“ bringe.

Bürgermeister Eric Weik erklärte gestern auf Anfrage, dass bis zu einer Entscheidung im Stadtrat am 2. Juli (Tagungsort: Mehrzweckhalle Dabringhausen, 18 Uhr) die Regelung mit dem gegenläufigen Radverkehr auf der Telegrafstraße weiter gelte. Den Antrag des Bündnispartners WNKUWG kommentierte er im BM-Gespräch so: „Zum Haare raufen.“

KOMMENTAR
www.rp-online.de/wermelskirchen

KOMMENTAR

Politischer Schnellschuss

Ideen sind immer gefragt. Ob von Bürgern oder Politikern. Doch bevor man aus sicher gut gemeinten Ideen gleich einen weitreichenden Antrag formuliert, um die Gemüter zu beruhigen, sollten die Inhalte richtig durchdacht und breit diskutiert sein.

Der WNKUWG-Antrag ist jedenfalls ein Schnellschuss, der nach hinten losgeht. Der als innerstädtische Durchgangsstraße ausgebaute Brückenweg soll plötzlich die Radfahrer aufnehmen – wenn auch auf einem Teilstück auf einem vielleicht sicheren Radweg. Und dann? Für Millionen die Telegrafstraße rückbauen? Den Durchgangsverkehr wieder durch die Telegrafstraße führen? Verbunden mit der Rückzahlung an Fördermitteln?

Die WNKUWG, immer gut für kreative Ideen und Initiativen, sollte jedenfalls in Sachen Radverkehr noch einmal in Klausur gehen. Als Gesprächspartner zu empfehlen: Frank Schopphoff. **UDO TEIFEL**

Imageschaden abwenden

WG 4
73.06.

RADWEG Antrag für den Rat am 2.7. soll Miteinander auf Telegrafstraße ermöglichen.

Von Andreas Weber

Der Schwächere zieht den Kürzeren, die Autofahrer haben offensichtlich immer Vorfahrt - so lautete der wutentbrannte Tenor von vielen Leserbriefen und Anrufen, die den WGA in den letzten Tagen erreichten. Mit 8:7-Stimmen hatte der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr am Montag den Radverkehrsversuch in der Telegrafstraße entgegen der Einbahnstraße gestoppt.

Auch Eric Weik hatte die „Rolle rückwärts“ entsetzt. Hinter den Kulissen verständigte er sich mit Kommunalpolitikern aus vier Fraktionen flugs auf einen Vorstoß in der Ratssitzung am Montag, 2. Juli (18 Uhr). Die elf Unter-

zeichner des Antrags wollen „einen erheblichen Imageschaden für unsere Stadt“ in letzter Sekunde abwenden.

Norbert Galonska, Dietmar und Jutta Paulig, Jochen Bilstein, Hajo Geiser, Horst Walter Schenk, Hartmut Zulauf, Theodor Fürsich, Arnd Meller, Bernhard Schulte und Eric Weik sind sich einig:

„Die Balkantrasse bildet die Hauptschlagader der innerstädtischen und touristischen Radwegführung und ist nur leistungsfähig und attraktiv, wenn wir sicheres und steigungsarmes Radeln garantieren können.“ Sollten die Radfahrer künftig die Innenstadt meiden, befürchten die Unterzeichner Kaufkraftverluste für Einzelhändler, Gastronomie und Hotels.

Eine alternative Führung über die Kölner Straße lehnen sie strikt ab, weil diese zu steil ist, bei Nässe und im Winter eine Gefahr darstellt, Höhenmeter verschenkt werden, die auf der Berliner Straße wieder erarbeitet werden müssen, die Radfahrer durch links über-

holende Pkw und aufschlagende Autotüren der rechts parkenden Autos gefährdet werden, die Kreuzung Markt zu eng ist für einen eigenständigen Radweg und auf der Berliner Straße Autos mit Tempo 50 km/h fahren.

Der fraktionsübergreifende Antrag greift den Aspekt der Gegenseite auf, die mit erhöhtem Unfallrisiko auf der Telegrafstraße argumentiert hatte. Die Antragsteller wollen die Telegrafstraße sicherer machen. Zwei Maßnahmen schlagen sie vor:

Für Autos soll ein generelles Halteverbot auf der linken Seite eingeführt werden, das das Ordnungsamt konsequent kontrolliert. Darüber hinaus wird die Führung des Radweges auf der Telegrafstraße mit einem Schutzstreifen eindeutig markiert.

Begleitend soll eine Verkehrszählung durchgeführt werden, um aussagekräftige Zahlen für weitere Entscheidungen zum Radverkehr in Wermelskirchen zu erhalten.

Die Befürworter sind si-

cher: „Durch eine verkehrssichere, steigungsarme und umwegfreie Wegführung der Radfahrer über die Telegrafstraße erzielen wir Gewinne.“

Derweil hat sich die WNK UWG (deren Stimmen zur Beendigung des Versuchs beitrugen) - aufgeschreckt durch die heftigen Proteste in der Bevölkerung - Gedanken gemacht. Sie erwägt, die Einbahnstraßenregelung in der Telegrafstraße zu „drehen“, den Panorama-Radweg in West-Ost-Richtung über die Telegrafstraße zu führen und diesen in Ost-West-Richtung unter Nutzung des „ohnehin bislang nicht genutzten »Wildkräuterstreifens« geschützt über den Brückenweg zu führen“.

Bürgermeister Eric Weik hält diesen Vorstoß für eine Schnapsidee: Eine „Drehung“ wäre allein deshalb nur unter kaum vertretbarem Aufwand möglich, weil sich die Bushaltestelle nicht so ohne weiteres verlegen lässt.

Richtungswechsel: ^{BM} 26.06. notfalls externe Prüfung

WERMELSKIRCHEN (BM) Jetzt werde versucht, „Andersdenkende platt zu machen“, wenn es nicht „nach der Mütze des Bürgermeisters“ gehe: So heißt es in einer Stellungnahme des WNUWG-Fraktionsvorsitzenden Henning Rehse zur Berichterstattung „Richtung für Einbahnstraße drehen“ (BM vom 23. Juni).

Nach dieser Darstellung von Rehse soll es künftig keinen Busverkehr mehr in der Telegrafstraße geben. Dazu steht aber nichts im Antrag. Die Bushaltestelle in Richtung Osten soll auf den Brückenweg verlegt werden – das sei zu Stadtfesten bereits vielfach erfolgreich praktiziert worden. Das Häuschen am Rathaus könne man „abbauen und woanders auf-

bauen...“ Wenn der Busverkehr aus der Telegrafstraße rausgenommen und über den Brückenweg geführt werde, müssten auch keine Fahrgäste auf der Straßenseite aussteigen. Auch werde nicht der

Durchgangsverkehr durch die Telegrafstraße geführt oder müssten deshalb Fördergelder zurückgehalten werden, meinte Rehse.

Sollte sich das „Rathaus“ trotz mehrheitlicher Zustimmung zum Prüfauftrag der WNKUWG weigern, die Dinge sauber und neutral zu prüfen, werde seine Fraktion „sicherlich externe Beratung“ anfordern, damit die Fakten und Optionen unvoreingenommen auf den Tisch kämen: „Eines Herrn Schopphoff bedarf es dazu nicht.“

„Andersdenkende werden platt gemacht.“

BM
18.06.

Riesen-Vakuum im Stadtmarketing bestätigt

WERMELSKIRCHEN (BM) „Es besteht hier wirklich ein Riesen-Vakuum“, bestätigt WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse die Berichterstattung der BM über den „Exodus von der Eich“. Er schreibt in einer Stellungnahme: „Die Bergische Morgenpost hat vollkommen Recht, wenn sie den Finger in diese Wunde legt“, sagt Rehse und erinnert: WNKUWG hätten bereits am 6. Januar 2012 einen Antrag zu Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing an den Fachausschuss gestellt.

Der am 12. März eingebrachte Antrag sei aber bisher im Haupt- und Finanzausschuss nicht behandelt worden, beklagt Rehse und schreibt weiter: „Zur Herstellung eines Vakuums braucht man bekanntlich eine Pumpe. Die steht in diesem Falle nachweislich nicht bei der WiW, den Fraktionen des Rates sondern in der Verwaltung.“

Der bis dato nicht behandelte WNKUWG-Antrag fordert übrigens die Erstellung eines gemeinsamen Konzeptes von Stadt und WiW zur Vermarktung der „Marke Wermels-

kirchen“, Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing. Nach Vorstellung von WNKUWG sollen sich die unterschiedlichen Säulen Wirtschaft und Industrie, Einzelhandel, Hotel und Gastronomie, sowie Handwerk in der Marke Wermelskirchen wiederfinden. Alle verfügbaren Kräfte müssten zu Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing zusammengeballt werden.

„Bestandteil des Konzeptes sollte ebenfalls ein Finanzplan sein, aus dem sich grob abschätzen lässt, welche von WiW durchgeführten Aufgaben welche finanziellen Transferleistungen der Stadt an WiW notwendig machen. Letztendlich sollte am Ende dieses Prozesses ein vom Rat zu beschließender Vertrag über fünf Jahre zwischen Stadt und WiW stehen, der die von WiW zu erbringenden Aufgaben in Art und Umfang festlegt und im Gegenzug den dafür seitens der Stadt zu leistenden Finanztransfer regelt“, schreibt Rehse weiter in seinem Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss.